

„daß ihre im christlichen Glauben gewonnene Wertung der Lage sie jetzt zu der politischen Konsequenz führen muß, alle Verantwortlichen zur Einstellung jeder weiteren Rüstung mit Massenvernichtungsmitteln als erstem Schritt zur konsequenten Abrüstung aufzurufen, die geplante Aufstellung neuer Mittelstreckenraketen eingeschlossen“.

Die Forderung an die EKD, sich eindeutiger gegen das System der Abschreckung auszusprechen, wurde in den vergangenen Jahren regelmäßig mit dem Hinweis auf mutigere und konsequentere Stellungnahmen der evangelischen Kirche in der DDR begründet. Dabei darf allerdings nie außer acht bleiben, daß bedingt durch den Unterschied der Systeme und der kirchlichen Wirkungsmöglichkeiten Friedensworte der Kirchen in der DDR einen anderen Stellenwert haben als in der Bundesrepublik.

Mitte September, als die EKD ihr Wort zum Herbst 1983 verabschiedete, tagte in Potsdam die *Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR*. Im Unterschied zur EKD machte sich die Synode in ihrer Stellungnahme zum Bericht der Konferenz der Kirchenleitungen ausdrücklich den Satz von Vancouver zu eigen, der von Herstellung, Stationierung und Einsatz von Atomwaffen als Verbrechen gegen die Menschheit spricht. Außerdem wiederholte die Synode, was sie vor einem Jahr über die Notwendigkeit einer „Absage an Geist und Logik der Abschreckung“ gesagt hatte. Als möglichen konkreten Schritt

für ein Konzept der gemeinsamen Sicherheit bezeichnete die Stellungnahme den Abschluß eines Abkommens über ein Einfrieren der Erprobung, Herstellung und Stationierung von Kernwaffen. Sie bat außerdem die Regierung der DDR, „daß sie innerhalb des Warschauer Pakts darauf hinwirkt, daß keine atomaren Kurzstreckenraketen auf dem Gebiet der DDR stationiert werden, weder während der laufenden Genfer Verhandlungen noch zu einem späteren Zeitpunkt“.

Zu einer *deutsch-deutschen Gemeinschaftsaktion* in Sachen Frieden war es bei der Vollversammlung des ÖRK gekommen. Von Vancouver hatten EKD-Ratsvorsitzender *Lohse* und der sächsische Landesbischof *Johannes Hempel*, Vorsitzender der Konferenz der Kirchenleitungen Evangelischer Kirchen in der DDR, einen Brief an Bundeskanzler Kohl und Staatsratsvorsitzenden Honecker gerichtet. Darin baten sie die Politiker, sich im Rahmen des jeweiligen Bündnissystems auf das Dringlichste mit aller Kraft dafür einzusetzen, daß die Verhandlungen in Genf erfolgreich verlaufen und es zu keiner weiteren Aufrüstung in Mitteleuropa komme.

Katholisches Hirtenwort bekräftigt

Sieht man von der Predigt Kardinal Höffners zu Beginn der Herbstvollversammlung in Fulda ab (vgl. HK, Oktober 1983, 485), dann gab es in diesem Herbst auf katholischer Seite in der Bundesrepublik keine neue

grundsätzliche Stellungnahme zum Stand der Friedensdiskussion. Man beließ es auf der Herbstvollversammlung in Fulda bei einem kurzen Aufruf zu Gebet, Dialog und gegenseitiger Achtung (vgl. ds. Heft, S. 495). Wohl auch als Kontrapunkt zu dem von der Friedensbewegung ausgerufenen „Tag der Kirchen“ am 16. Oktober sollten die Gottesdienste am 9. Oktober dem Thema Frieden gewidmet sein und dabei das Hirtenwort „Gerechtigkeit schafft Frieden“ im Mittelpunkt der Verkündigung stehen. Eine Konkretion und Aktualisierung der Aussagen im Friedenshirtenbrief auf den aktuellen Stand der Nachrüstungsdiskussion hielten die Bischöfe offensichtlich nicht für erforderlich. Es bleibt bei der Formulierung von Kardinal Höffner in seiner Fuldaer Predigt, in der Frage, wie Abrüstung am besten erreicht und der Friede am wirksamsten gesichert werden könne, gebe es unter Christen einen *berechtigten Spielraum der Meinungen*.

Nicht zuletzt die Beteiligung christlicher Gruppen an den Aktionen der Friedensbewegung im Oktober hat gezeigt, daß die innerkirchlichen Auseinandersetzungen über die Möglichkeiten des christlichen Friedenszeugnisses *noch längst nicht ausgestanden* sind. Daß dabei die evangelischen Kirchen in der Bundesrepublik mit größeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, hat mit den geschichtlichen Voraussetzungen ebenso zu tun wie mit der Kirchenstruktur. Die Grundfragen nach dem Friedensdienst der Christen bleiben allerdings für beide Kirchen gleichermaßen virulent. U. R.

„Vertrauen wagen, damit wir leben können“

Die DDR-Kirchentage im Lutherjahr

1983 ist das öffentliche Leben in der DDR zu einem bedeutenden Teil durch die weltlichen und kirchlichen Würdigungen Martin Luthers sowie durch die Veranstaltung von sieben regionalen Evangelischen Kirchentagen geprägt. Es ist anzunehmen, daß diese Vorgänge über 1983 hinaus Auswirkungen auf die kirchenpolitische Situation und das Zusammenleben von Marxisten und Christen in der DDR haben werden.

Im Lutherjahr 1983 (aus Anlaß des 500. Geburtstages des Reformators) konnte die evangelische Kirche mit teil-

weise staatlicher Unterstützung in zeitlicher Staffelung sieben regionale Kirchentage in Erfurt, Rostock, Magdeburg, Eisleben, Frankfurt (Oder), Wittenberg und Dresden durchführen. Prozentual gesehen haben an diesen Veranstaltungen erheblich mehr Protestanten aus der DDR teilgenommen als evangelische Christen aus der Bundesrepublik am diesjährigen Kirchentag in Hannover. Die einzelnen Kirchentage in der DDR standen unter dem einheitlichen Motto „*Vertrauen wagen, damit wir leben können*“. Die Kirchentage waren nicht nur geprägt

durch viele Gottesdienste, sondern auch durch freimütige gesellschaftskritische Diskussionen sowie durch Ausstellungen, Abende der Begegnungen und Selbstdarstellungen im „Markt der Möglichkeiten“.

Was dieses Jahr möglich wurde, ist ganz und gar nicht selbstverständlich

Auf dem Dresdner Kirchentag hatten Teilnehmer und Gäste Gelegenheit, die bisher umfangreichste Ausstellung christlicher Kunst in der DDR zu besichtigen. 520 Werke von mehr als 150 Künstlern konnte man sehen. Gezeigt wurden Arbeiten aus den Bereichen Graphik, Malerei, Plastik sowie der angewandten Kunst.

Auf allen Kirchentagen gab es auch ein vielfältiges kirchenmusikalisches Programm mit zum Teil renommierten Chören und bekannten Solisten.

Trotz einer breiten, ins Gesellschaftliche und Kulturelle hineinreichenden Palette von Veranstaltungen bildeten die Gottesdienste jeweils den Kern der Kirchentage und sprach aus allen Veranstaltungen ein tiefer nüchterner Glaubensernst.

Die Zulassung oder gar Förderung von Kirchentagen durch die Behörden ist in der DDR bisher keinesfalls eine traditionelle Selbstverständlichkeit gewesen. Wenn man von der Einzelercheinung des (noch gesamtdeutschen) Leipziger Kirchentages 1954 absieht (damals war die SED-Führung nach dem 17. Juni 1953 an beruhigenden Gesten interessiert), so wurden früher kirchliche Großveranstaltungen in der Regel nicht geduldet bzw. durch Verweigerung jeglicher Unterstützung so behindert, daß ihre Durchführung unmöglich wurde (keine Sonderzüge bzw. -autobusse, keinerlei technische Hilfe).

In diesem Jahr war dies ganz anders. *Johannes Cieslack*, Präsident der Sächsischen Landessynode und einer der Hauptverantwortlichen für die Gestaltung des Dresdener Kirchentages (der größte mit über 100 000 Teilnehmern), sprach von „einem mittelgroßen Wunder“, weil der Staat über seinen Schatten gesprungen sei und die Kirche eine Unterstützung „wie noch nie“ erfahren habe. Nicht nur öffentliche Einrichtungen zur Durchführung der vielen Veranstaltungen und zur Versorgung der Kirchentagsteilnehmer wurden von den staatlichen Organen zur Verfügung gestellt, sondern es wurde darauf verzichtet, Kirchentagstexte vorher zu genehmigen etc. Über die Kirchentage wurde in der Presse und in den Medien der DDR berichtet. Auch westliche Rundfunk- und Fernsehanstalten konnten von den Veranstaltungsorten senden, wenn auch nicht unbegrenzt. Repräsentanten aus der Bundesrepublik Deutschland wie *Richard von Weizsäcker* und *Erhard Eppler* konnten nicht nur teilnehmen, sondern dort auch nachdenkenswert-kritisch reden.

Die neue staatliche Kooperationsbereitschaft zur Durchführung dieser Großveranstaltungen sollte aber nicht vergessen lassen, daß solchen Ereignissen in der DDR für die herrschenden Funktionäre und die areligiös geprägte säkularisierte Öffentlichkeit etwas Exotisches anhaftet.

Wer in der DDR zur Kirche hält und sich gar durch die

Fahrt zu einem Kirchentag auch öffentlich dazu bekennt, gehört dort einer widerwillig und eingeschränkt geduldeten Minderheit an. Obwohl es bei vielen Kirchentagsdiskussionen um das Verhältnis von Christ und Gesellschaft ging und auch Fragen praktischer Politik berührt wurden, stellte sich kein kommunistischer Staatsfunktionär zum Gespräch. Der Bereich Politik war bestenfalls der politisch einflußlosen CDU der DDR überlassen. Obwohl die diesjährigen Kirchentage ein bedeutender Freiraum für gesellschaftskritische Anmerkungen waren, so kann auch weiterhin bezweifelt werden, ob der einzelne Christ – wenn er sich in seinem Heimatort bzw. in seinem Betrieb ebenso kritisch äußert – nicht mit Nachteilen, vermindernden Chancen, ja Diffamierungen zu rechnen haben wird.

Probleme ansprechen, aber keine Destabilisierungsängste wecken

Ungeachtet des einheitlichen, klug gewählten optimistischen Leitworts, von dem sich sowohl das Kirchenvolk als auch die Machthaber angesprochen fühlen konnten, waren die einzelnen Kirchentage nicht uniform, sondern jeder hatte sein eigenes Gesicht.

Das Leitwort der Kirchentage „Vertrauen schaffen“ wurde naturgemäß vielfältig interpretiert. Auf dem Magdeburger Kirchentag erklärte Bischof *Werner Krusche* in der Abschlußkundgebung: „Für mich ist der Andre nicht erst einmal verdächtig, ich horche nicht an seiner Wand, ich kontrolliere nicht die Briefe meiner Kinder, ich denke mir nicht dauernd aus, was der Andere sich gegen mich ausgedacht haben könnte, ich lasse mich von keinem Feindbild beherrschen.“ Vertrauen wagen sei ein Schritt aus dem Gefängnis des Mißtrauens ins Freie, ins offene Gelände der Zukunft.

Bei den Kirchentagen spielte naturgemäß die *Frage des Friedens* eine wichtige Rolle. Bereits bei der Eröffnung des Kirchentages in Eisleben beklagte Bischof Krusche am 17. Juni das „abgrundtiefe Mißtrauen“, das zwischen den Machtblöcken in Ost und West bestehe. In seinem Einführungsvortrag für die Arbeit der sieben Themengruppen des Treffens hob er hervor, daß von beiden Seiten *Feindbilder* aufgebaut worden seien, die längst das Reden und Handeln beeinflussen. Das Mißtrauen sitze so tief, daß einer, der dazu auffordere, Vertrauen zu wagen, auf beiden Seiten als naiv angesehen werde.

Auf dem Kirchentag in Eisleben wies Krusche im „Bischofsforum“ auch auf die *Eigenständigkeit kirchlicher Friedensarbeit* hin. Die Kirche stände zwar nicht im Gegensatz zu der staatlich gelenkten Friedensbewegung der DDR, weil sich kirchliches Friedensengagement nicht gegen andere richte, „aber wir setzen eigene Akzente, die so von Marxisten nicht gesetzt werden“.

Auf dem Magdeburger Kirchentag nahm Krusche auch zur Frage des Friedensaufnehmers „Schwerter zu Pflugscharen“ Stellung, wobei er kritisch anmerkte, daß im Westen diese Frage auch von jenen aufgegriffen werde, die sich im eigenen Land recht distanziert zum Friedensengagement verhalten.

Auf dem Dresdener Kirchentag verwies Landesbischof *Johannes Hempel*, daß die Lehre vom „gerechten Krieg“ angesichts der Massenvernichtungswaffen nicht mehr aufrechterhalten werden könne. Der Ost-Berliner Konsistorialpräsident *Manfred Stolpe* forderte in Dresden beide deutschen Staaten dazu auf, „Brückenbauer der Verständigung“ zu sein, und plädierte dafür, daß sich die Kirchenleitungen und Gemeinden in der DDR auf eine „eindeutige Friedensaktion“ verständigen sollen (also keine Zersplitterung). Friedensaktivitäten, die sich unter das Dach der Kirche stellen und von ihr anerkannt werden, haben Anspruch auf kirchliche Anleitung und Schutz. Allerdings dürften Gemeindegruppen nicht zu „Auswanderungszentralen oder Oppositionslokalen“ werden.

Auf dem Magdeburger Kirchentag setzte sich der für Friedensfragen zuständige Referent der Theologischen Studienabteilung beim DDR-Kirchenbund, *Joachim Garstecki* für den Gedanken der „Sicherheitspartnerschaft“ ein. In seinem Vortrag zur kirchlichen Friedensarbeit forderte er die DDR-Bürger auf, die Möglichkeiten einer neuen Sicherheitspolitik für Europa nicht ständig „mit unserem Leiden am realen Sozialismus“ zu vermischen und zu behindern. Wer Sicherheitspartnerschaft wolle, müsse sich seiner *Identität als DDR-Bürger* bewußt werden. Ohne diese Identität gerate das Eintreten für Sicherheitspartnerschaft in Verdacht, „faktisch die Schwächung der eigenen Sicherheit zu betreiben zu Gunsten der Sicherheit des Gegners“. Dies würde aber neue Destabilisierungsgänge wecken und gerade gegen die Logik gemeinsamer Sicherheit verstoßen.

Ausdruck einer in kleinen Kernen durchaus vitalen Kirche

Es gab Erklärungen gegen die Stationierung neuer Atomwaffen in beiden Teilen Europas. Der Dessauer Kirchenpräsident *Eberhard Natho* äußerte in einem Gottesdienst die Befürchtung, neue Mittelstreckenraketen in Westeuropa würden in der DDR dazu führen, daß die Regale in den Geschäften leerer würden.

Im Zusammenhang mit der Frage der Friedenssicherung spielte auch das Thema der *Wehrdienstverweigerung* eine erhebliche Rolle. Das „tiefe Verständnis“ der Kirche für diejenigen, die den Wehrdienst in der mit Massenvernichtungswaffen hochgerüsteten Welt verweigern, wurde im „Bischofsforum“ bekundet. Die Evangelische Studentengemeinde Magdeburg appellierte während des regionalen Kirchentages an die DDR-Führung, die *obligatorische Wehrerziehung* in Schule und Berufsausbildung durch eine *alternative Friedenserziehung* zu ergänzen.

Während des „Bischofsforums“ in der Wittenberger Stadtkirche bemerkte der Ost-Berliner Bischof *Gottfried Forck* auf die Frage, warum es in der DDR keinen Religionsunterricht in den Schulen gibt, daß in der DDR eine „marxistisch-leninistische Bekenntnisschule“ existiere. Das Volksbildungsministerium soll endlich auf die Frage

antworten, die dazu von kirchlicher Seite immer wieder gestellt worden sei.

Neben der Friedensfrage spielten unter politischem Aspekt *Probleme der Umweltgefährdung* eine bedeutende Rolle. Offenbar sind in der evangelischen Kirche der DDR die Themen Friedenssicherung und Umweltbewahrung die geeignetsten Punkte für eine kritische Mitarbeit von Christen im gesellschaftlichen Bereich. Der Leiter des kirchlichen Forschungsheims in Wittenberg, *Hans-Peter Gensichen*, warnte auf einer Veranstaltung vor den „zerstörerischen Wirkungen eines ungehemmten Wohlstandstrebens“ und forderte zu einer Begrenzung der materiellen Bedürfnisbefriedigung auf. Gensichen verwies darauf, daß durch die ungehemmte Befriedigung der materiellen Bedürfnisse nicht nur zwischenmenschliche Beziehungen verkümmerten, sondern auch die Umwelt zerstört und das Leben künftiger Generationen gefährdet werde.

Ähnlich wie auf westdeutschen Kirchentagen gab es auch in der DDR im Rahmen des „Marktes der Möglichkeiten“ Stände, auf denen Probleme der *Ökologiekrise*, des Rüstungswahnsinns, der Wehrerziehung in den Schulen, der Leistungsanforderungen am Arbeitsplatz, aber auch Themen, wie die Situation der Homosexuellen, angesprochen wurden.

Auch die praktisch-theologische Bandbreite der Kirchentagsthemen war beachtlich: mit Vorurteilen umgehen, ökumenisch leben in einer geteilten Welt, Gewaltlosigkeit riskieren, in der Gesellschaft verantwortlich handeln, Partnerschaft wagen, Vertrauen wagen im Dialog. Der *Abbau von Vorurteilen* war ein zentrales Anliegen.

Während der Hauptversammlung zum Abschluß des Evangelischen Kirchentages in Dresden auf dem Freige-lände des Großen Gartens verwies Landesbischof *Johannes Hempel* auf die Kraft des Kreuzes als Zeichen des Lebens und des Vertrauens. Im Kreuz sei das Vertrauen Gottes zum Menschen und seiner Zukunft ausgesprochen.

Vor der abschließenden Hauptversammlung hatten am Sonntagvormittag in 35 Kirchen und Gemeindehäusern Dresdens Gottesdienste stattgefunden, bei denen ökumenische Gäste des Kirchentages predigten. In der Kreuzkirche am Altmarkt sprach der Generalsekretär des Lutherischen Weltbundes *Carl Mau*.

Die sieben Kirchentage waren Ausdruck einer in kleinen Kernen durchaus noch vitalen evangelischen Kirche, die im Lutherjahr offenkundig Auftrieb erhalten hat. Es kamen mehr Kirchentagsbesucher, als von den Veranstaltern erwartet wurden. Wie auf Kirchen- und Katholikentagen in der Bundesrepublik war auch in der DDR die Jugend überproportional stark vertreten. Viele der zu den Kirchentagen gekommenen Jugendlichen sieht man normalerweise nicht in den Kirchen. Die klimatischen Veränderungen waren unübersehbar. Trotz auch weiterhin rückläufiger Mitgliederzahl ist die evangelische Kirche in der DDR auf dem Weg, selbstbewußter zu werden, sie drängt stärker aus dem Schatten ihrer Kirchenmauern heraus, scheut weniger das Bekenntnis in der areligiös ge-

prägten Öffentlichkeit und sucht zugleich stärker das Gespräch mit Andersdenkenden.

Nach Ansicht des Präsidenten des Sächsischen Landeskirchenbundes, Kurt Domsch, wird die evangelische Kirche in der DDR vom Staat als eine „nicht integrierte“ gesellschaftliche Größe (exakter würde man wohl sagen „nicht integrierbare“) anerkannt. Die Eigenständigkeit der Kirche wird in den Grenzen „sozialistischer“ Staatsauffassung respektiert. Soweit sich die evangelische Kirche in der DDR als „Kirche im Sozialismus“ versteht und „sozialistische Gesellschaft“ akzeptiert, wird sie seitens der DDR-Führung jedenfalls gegenwärtig toleriert.

Was wird nach dem Lutherjahr kommen?

Auf jeden Fall hat sich das Verhältnis zwischen Staat und evangelischer Kirche in der DDR im Lutherjahr vorläufig weiter entkrampft. Angesichts des Bemühens der DDR-Führung um *nationale Identität* gewinnt der Traditionsstrang Kirche für sie an Bedeutung. Da die Staatsführung erkannt zu haben scheint, daß die marxistisch-leninistische Doktrin kein ausreichender Integrationsfaktor ist, werden moralische Faktoren aus dem kirchlichen Bereich wie protestantisches Arbeitsethos und die aus der Zeit der preußischen Staatskirche vorgegebene Staatstreue als zusätzliche Faktoren zur Systemstabilisierung bewußt genutzt.

In einem Interview mit den „Lutherischen Monatsheften“

(Oktober 1983) – es war wohl das erste Interview eines obersten kommunistischen Staatsfunktionärs, das einer westlichen kirchlichen Zeitschrift gegeben wurde – erklärte Erich Honecker: „Das Verständnis für kirchliche Belange mehrte sich in dem Maße, wie die Kirchen ihren Standort in unserer Gesellschaft als ‚Kirche im Sozialismus‘ beschrieben und einnahmen ... Vermutlich werden Sie selbst festgestellt haben, daß die sieben Kirchentage des Jahres 1983 und andere kirchliche Veranstaltungen zum Lutherjubiläum in völliger Eigenverantwortung der Kirchen und mit einer außerordentlichen staatlichen Unterstützung durchgeführt werden. Hier hat die staatliche Seite, um es mit einem geläufigen kirchlichen Text zu sagen, viel an Vertrauen gewagt – Vertrauen zum erreichten Stand der Staat-Kirche-Beziehungen und zu den Kirchen.“

Nicht wenige evangelische Christen stellen sich jetzt die Frage, was nach Beendigung des Lutherjahres kommt. Aus der innerstaatlichen Situation der DDR heraus dürfte mittelfristig keine wesentliche Verschlechterung der Staat-Kirche-Beziehungen zu erwarten sein, denn die DDR-Kirchenpolitik ist langfristig angelegt. Natürlich darf dabei nicht übersehen werden, daß kirchlichem Handeln weiter enge Grenzen gesetzt sind und daß dieses vor allem dann willkommen ist, wenn sich eine Kirche „staatskooperativ“ verhält, und daß Christen, dort wo sie leben, weiter mit Diskriminierungen rechnen müssen.

Herbert Prauß

Auf der Suche nach einem gemeinsamen Weg

Zum Profil der Schweizerischen Protestanten

„Viel eher als in einer neuen Struktur in Gestalt einer Schweizer Kirche – auch wenn eine solche eines Tages in Gottes Absicht liegen sollte – muß der Kirchenbund seinen Zusammenhalt in einem dichteren Beziehungsnetz und einem intensiveren Austausch unserer Erfahrungen und Fragen suchen.“ Mit dieser Programmaussage machte der Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes in seinem letzten Jahresbericht auf eine strukturelle Schwäche des schweizerischen Protestantismus wie auf bereits in Aussicht genommene Versuche zu ihrer Überwindung aufmerksam.

Wohl ist der *Kirchenbund* der repräsentativste Zusammenschluß der protestantischen Schweiz, doch darf er nicht mit dem schweizerischen Protestantismus gleichgesetzt werden. Denn dieser ist keine einheitliche Kirchenorganisation mit gesetzgebenden und ausführenden Behörden; und der Kirchenbund, der die gemeinsamen Interessen des schweizerischen Protestantismus wahrzunehmen hat und ihn auch in der ökumenischen Bewegung vertritt, hat dementsprechend eine föderalistische Organisation und Verfassung. Die Zugehörigkeit zum Kirchenbund beeinträchtigt die Selbständigkeit und Eigenart der Mitglieder nicht, denn seine Beschlüsse gelten immer nur vorbehalt-

lich der in den einzelnen Mitgliedskirchen geltenden kirchlichen Ordnungen.

Schwache Föderalstrukturen

Dieser *föderalistische Aufbau* geht auf die staatsrechtliche Struktur der Eidgenossenschaft der Reformationszeit zurück, als die einzelnen Orte souverän waren und über die Einführung der Reformation eigenständig entschieden. Nach der Schaffung des Bundesstaates traten seit 1858 die Delegierten der Kantonalkirchen jährlich zur Kirchenkonferenz zusammen, die aber keine verbindlichen Beschlüsse fassen konnte.

Diesen Tagsatzungscharakter behielt auch der Kirchenbund bzw. seine Abgeordnetenversammlung als gesetzgebendes Organ bei, als er 1920 die Kirchenkonferenz ablöste. Die Aufgaben, die sich dem schweizerischen Protestantismus dann aber zu stellen begannen und die nur mehr gemeinsam zu erfüllen waren, führten zur Gründung von Einrichtungen, die für die Öffentlichkeit den schweizerischen Protestantismus eigenständig repräsentieren und durch die er nicht nur handelt, sondern auch spricht. Dazu gehören *Einrichtungen des Kirchenbundes*